



## Freital zwischen Wende, Währungsunion und Wiedervereinigung

Juliane Puls

Reminiszenz an Freitals erste Demonstrationen im November 1989, Originaltitel „Beginnende Umorientierung“, Gemälde von Christian Burckhardt, 2009  
Städtische Sammlungen Freital

Der wachsende Unmut der DDR-Bevölkerung artikulierte sich auch in Freital zunehmend öffentlich und brachte allein für das Stadtgebiet im ersten Halbjahr 1989 nahezu 400 Eingaben an staatliche Stellen hervor. Am 7. Mai 1989 fanden in Freital, wie überall in der DDR, Kommunalwahlen statt, in deren Nachgang es erstmals gelang, der DDR-Staatsführung Wahlfälschung nachzuweisen. Die ohnehin aufgeheizte gesellschaftliche Lage wurde nun auch in Freital von Wahlfälschungsvorwürfen und zugehörigen Bürgerprotesten flankiert sowie durch den politischen Druck durch die stetig wachsende Zahl politisch motivierter „Anträge zur ständigen Ausreise aus der DDR“ verstärkt. Zudem verschärfte sich die teils schwierige Personalsituation, insbesondere im Bereich Gesundheitswesen und Pflege sowie im Handel, durch eine mit Sommerferienbeginn im Juli 1989 einsetzende Flüchtlingswelle Tausender DDR-Urlauber, die über die zu diesem Zeitpunkt nur noch schwach gesicher-

ten „grünen Grenzen“ Ungarns oder der Tschechoslowakei in das westliche Ausland flohen. Im Freitaler Stadtgebiet versuchte man diesem spürbaren Arbeitskräftemangel teils durch den Einsatz älterer Schüler in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie im Handel durch Einschränkungen der Ladenöffnungs- und Warenannahmezeiten beizukommen.

Als man am 7. Oktober 1989 in Freital wie anderswo in der DDR deren 40-jähriges Bestehen mit aufgezwungenen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen feierte, waren – nur wenige Hundert Meter von diesen Freitaler Veranstaltungsorten entfernt – mitten durch die Stadt überfüllte Züge mit DDR-Flüchtlingen aus der Prager Botschaft in Richtung bayerischer Aufnahmelager gerollt. Auf Freital lastete seit Monaten eine enorm angestaute gesellschaftliche Frustration über Umweltverschmutzung, fehlenden Wohnraum, staatsvereinnahmte Medienlandschaft, Wirtschaftsmisere und schlechte Versorgung mit



Waren des täglichen Bedarfs oder Industriewaren. Unter dem Druck all dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme waren bereits seit dem Sommer 1989 in Freital Einwohnerforen einberufen worden. Dort wurden vor den Verantwortlichen von Stadt bzw. Kreis Freital ungeschminkt brisante Probleme zur Sprache gebracht, darunter die unerträgliche Luftverschmutzung der tallagigen Industriestadt, welche sich durch die als „Rote Wolke“ bezeichneten Eisenoxidabgase des Edelstahlwerks oder durch den Gestank des Alpha-Chemiebetriebs manifestierte. Darüber hinaus richteten sich gegen ein geplantes Reinstsiliziumwerk am nordöstlichen Freitaler Stadtrand, auf Dresden-Coschützer Flur, seit 1988 ökologische Proteste. An diesem Ort sollte für das DDR-Mikroelektronikprogramm und als Nachfolgeindustrie für die absehbar auslaufende Uranerzgewinnung des benachbarten Bergbaubetriebes der SDAG Wismut Silizium für Leiterplatten hergestellt werden. Das Bauvorhaben galt staatlicherseits als unumstößlich gefordert, zugleich aber auch in Fachkreisen als ökologisch und wirtschaftlich umstritten. Der massive Widerstand der Bevölkerung gegen das Reinstsiliziumwerk gründete sich vor allem auf den Einsatz von hochgefährlichem Trichlorsilan, welches mittels problematischer Lieferketten und unsicherer Verarbeitungsschritte an diesem Produktionsstandort inmitten der dicht besiedelten Stadt zur Anwendung kommen sollte. Aufgrund der durch die DDR-Staatsmacht stark eingeschränkten Möglichkeiten demokratischer Meinungsäußerung konnten sich die ökologischen Proteste gleichwohl für Christen wie für Nichtchristen einzig unter dem schützenden Mantel umliegender evangelischer Kirchgemeinden artikulieren. Diese kirchlich getragene und geheimdienstlich verfolgte Oppositionsbewegung gegen das Reinstsiliziumwerk wirkte bis in das Freitaler Stadtgebiet hinein und entwickelte durch ungenehmigte Filmaufnahmen seitens des westdeutschen Fernsehens eine starke überregionale Strahlkraft. Die teils durch brutale Polizeigewalt beendeten Protestkundgebungen führten, durch die gesellschaftliche Umbruchsituation jener Monate befördert, letztlich zum Baustopp des Werks im November 1989. Das heutige Umweltzentrum Freital verortet seine Wurzeln in dieser ökologischen Opposition gegen das Reinstsiliziumwerk. Auch einige Mitglieder der basisdemokratischen Freitaler „Gruppe der 25“ fanden sich gruppenintern zu einer bis Mai 1990 arbeitenden Kommission „Umweltschutz“ zusammen, welche anfangs auch das umstrittene Vorhaben in Dresden-Gittersee thematisierte, sich jedoch vordergründig den ökologischen Hauptproblemen Freitals, wie der „Roten Wolke“ oder den „Schlammeichen“ mit radioaktiven Überresten von Uranerz-Aufbereitungsanlagen, widmete.

Die Dresdner Geschehnisse der Friedlichen Revolution bestimmte in den unruhigen Herbsttagen 1989 an vorderster Front auch eine Freitalerin mit. Die Kripenerzieherin Beate Mihaly hatte stets ihre manches Mal vom offiziellen Stimmungsbild abweichende Meinung offen vertreten. Als in Dresden den Friedensgebeten öffentliche Demonstrationen folgten, die Bevölkerung ihren Unmut lauter äußerte und



schließlich mit dem Umleiten der Züge der Prager Botschaftsflüchtlinge über den Dresdner Hauptbahnhof und über Freital und Freiberg weiter in Richtung Bayern das Geschehen kulminierte, hielt es Beate Mihaly nicht mehr in Freital. In jener entscheidenden Nacht vom 7. zum 8. Oktober 1989, als in Dresden nach aggressiv aufgelösten Demonstrationen die Eskalation staatlicher Gewalt unaufhaltsam schien, war sie dabei. Sie ermöglichte gemeinsam mit 19 weiteren zufällig zusammen gekommenen Demonstranten auf der Prager Straße durch die Bildung der „Gruppe der 20“ erstmals während dieser Tage in der DDR eine gewaltfreie Kommunikation zwischen Demonstranten und Staatsmacht. Die Forderungen dieser nächtlich gebildeten basisdemokratischen Gruppe brachte Beate Mihaly, nach Freital heimgekehrt, noch in der Nacht auf ihrer Schreibmaschine zu Papier, je ein Exemplar für die „Gruppe der 20“ und für die Kirchenvertreter. Diese Freitalerin gehörte damit mit zu jenen Menschen, die durch ihr mutiges Eintreten den Beginn eines gewaltfreien gesellschaftlichen Umbruchs – die Friedliche Revolution – ermöglichten.

Kundgebung nach der Demonstration am 8. November 1989 auf dem Platz des Friedens in Freital, Städtische Sammlungen Freital, Foto: Christian Trapp

Wenige Wochen nach diesen entscheidenden Montagsdemonstrationen in Dresden führte die angespannte gesellschaftliche Gemengelage am 1. November 1989 erstmals auch in Freital zu oppositioneller Meinungsäußerung. In strömendem Regen bewegten sich an jenem Tage Tausende Freitaler in einem Demonstrationszug von Hainsberg durch Deuben und Döhlen zum Potschappler Rathaus, wo sie sich zu einer Kundgebung versammelten, um ihren Forderungen nach Demokratisierung, Zulassung von oppositionellen Gruppen und Parteien, nach freien demokratischen Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, aber auch nach Lösung dringender kommunaler Probleme



Warteschlange zur Ausgabe von Reisevisa vor dem Volkspolizei-Kreisamt, November 1989, Städtische Sammlungen Freital, Foto: Günter Reichart



Dietmar Lumpe (CDU), erster demokratisch gewählter Bürgermeister Freitals seit 1945, um 1995

me lautstark Ausdruck zu verleihen. Aus dieser teils aufgeheizten Demonstration bildete sich, dem Dresdner Beispiel der „Gruppe der 20“ folgend, an jenem Abend spontan die Freitaler „Gruppe der 25“, um mit den Vertretern des Rates der Stadt Gespräche zu führen. Diese 25 zufällig zusammengekommenen Freitaler ohne jegliche verwaltungspolitische Erfahrung waren willens, mit unterschiedlichsten Denkanätzen an die Lösung der aufgestauten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme zu gehen, um eine neue, bessere DDR zu schaffen. Für diese aus der Menschenmenge zufällig Ausgewählten blieb kaum Zeit, sich abzustimmen oder sich der Brisanz der Lage bewusst zu werden, ehe sich nach einem Kurzgespräch mit dem Stadtoberhaupt vor dem Rathaus hinter ih-



Warteschlange vor der Sparkasse Freital, 2. Juli 1990  
Städtische Sammlungen Freital,  
Foto: Günter Reichart

#### Quellen- und Literatur:

Stadtverwaltung Freital (Hrsg.): Geschichte(n) und Personen. Werkstattbericht AG Gedenken, Freital 2006; Juliane Puls: Lebensbahnen. Historische Streifzüge durch die frühen Jahrhunderte der Freitaler Region, Freital 2006; Günter Hofmann: Wider das Vergessen. Meine Erinnerungen an die Jahre 1989-1999. Das Ende des Sozialismus. Aufgaben und personelle Probleme des kommunalen Neubeginns im Freistaat Sachsen am Beispiel der Kreistage des Altlandkreises Freital und des Weißeritzkreises, Freital 2008; Freital – eine Industriestadt im Wandel (Dresdner Hefte 1/2016), Dresden 2016; Städtische Sammlungen Freital; Archiv und Bibliothek; Sächsische Zeitung, Lokalausgabe Freital

#### Autorin

Juliane Puls  
Städtische Sammlungen Freital  
Altburgk 61  
01705 Freital  
Juliane.Puls@freital.de

nen die Rathhaustür schloss. Niemand wusste damals zu sagen, ob diese Personen in den Ratssaal gelangen oder über den Hinterausgang in Richtung der Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit abgeführt werden würden. In den nachfolgenden, politisch angespannten Wochen halfen diese mit öffentlichem Verhandlungsmandat ausgestatteten 25 Bürger dem gesellschaftlichen Wandel in Freital den Weg zu bahnen. Unter der Bevölkerung der Industriestadt brodelte es weiterhin, und am Abend des 8. November 1989 folgten über 10.000 Menschen der Einladung der „Gruppe der 25“ zur Freilichtbühne am Platz des Friedens in Burgk. Man forderte ehrliche, radikale Lösungen für den gesamtgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Wandel und übte sich entlang scharfer Meinungsfronten in demokratischer Kultur. Dabei äußerte der Freitaler Wissenschaftler und Dresdner TU-Dozent Dr. Hilmar Heinemann: „Nicht der Sozialismus stand zur Diskussion, wohl aber die Art seiner Verwirklichung“. Mit Forderungen nach Kommissionen für Bildung/Kultur, Handel/Versorgung, Umweltschutz, Jugendfragen/Freizeit, Gesundheits- und Sozialwesen, Wohnungspolitik/Bauwesen sowie für sozialistische Demokratie gab sich die Freitaler „Gruppe der 25“ gegenüber den Stadtoberen Profil und begann, Stadtgeschichte mitzuschreiben.

Die nachfolgenden Geschehnisse überschlugen sich: Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 erteilte das Freitaler Volkspolizei-Kreisamt innerhalb weniger Tage über 45.000 Reisevisa. Am 21. November 1989 gründete das „Neue Forum“ als

eine noch kurz zuvor als verfassungs- und staatsfeindlich beschriebene DDR-Bürgerbewegung im Jugendclubhaus auf der Mozartstraße nach einer nur Tage zuvor initiierten ersten Informationsveranstaltung eine 52-köpfige Freitaler Gruppe. Der 1. Sekretär der Freitaler SED-Kreisleitung trat von all seinen Ämtern zurück, und am 22. November 1989 fand mit mehreren Hundert Teilnehmern, wiederum auf dem Platz des Friedens, eine dritte Freitaler Kundgebung statt. Am 5. Dezember 1989 begingen Vertreter der Kreisstaatsanwaltschaft und der Polizei das Freitaler Objekt des Amtes für Nationale Sicherheit an der Wilsdruffer Straße. Man beschloss die sofortige Sicherung der Staatssicherheitsakten, insbesondere die der Kommunalwahlen, versiegelte das Gebäude und ordnete politisch unabhängige Bewachung an. In den letzten Tagen des Jahres 1989 bildete sich ein Runder Tisch des Kreises Freital, der bis zur Erfüllung der Forderung nach freien, demokratischen Wahlen fünfmal tagte. Mit diesen demokratischen Wahlen erfüllte sich auch die vordringlichste Forderung und Aufgabe der Freitaler „Gruppe der 25“, deren Verdienst vor allem darin bestand, mit Zivilcourage einer sich entfaltenden, damals noch zerbrechlichen Demokratie den Weg zu weisen.

Bei der ersten – und zugleich letzten – demokratischen Volkskammerwahl am 8. März 1990 traten, nach dem Zusammenbrechen des Machtmonopols der SED, erstmals Parteien und Bürgerbewegungen auf demokratischem Wege gegeneinander an. Die Wahlergebnisse spiegelten deutlich die Bevölkerungsstimmung und den Wunsch nach deutsch-deutscher Wiedervereinigung wider. In Freital entfielen von den gültigen Stimmen auf die Liste der CDU 46,5 Prozent, der DSU 16,9 Prozent, der PDS 12,7 Prozent und der SPD 9,9 Prozent. Ähnliches Wahlverhalten zeigte sich in Freital am 6. Mai 1990 bei der ersten demokratischen Kommunalwahl. Der Wahlsieger CDU erhielt 45,8 Prozent der Stimmen für den Kreistag Freital und 46,4 Prozent für die Stadtverordnetenversammlung Freital. Die nach über fünf Jahrzehnten erstmals wieder demokratisch gewählten Stadtverordneten trafen sich am 6. Juni 1990 zu ihrer konstituierenden Sitzung im heute nicht mehr existenten Deubener „Klubhaus der Edeltahlwerker“ und entschieden sich mit 42 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung für Dietmar Lumpe (CDU) als Freitaler Bürgermeister. Am Tage des Beitritts der DDR zur BRD, dem 3. Oktober 1990, kennzeichnete Dietmar Lumpe den Tag der Deutschen Einheit anlässlich der offiziellen Feierstunde der Freitaler Stadtverordneten im Stadtkulturhaus als „einen Tag erwartungsoffener Freude und ratsuchender Besonnenheit“. Während auf Freitals Straßen Feuerwerksreste, Sektorkorken und zerbrochene Flaschen an lautstarke und feucht-fröhliche Einheitsfeiern erinnerten, begingen die Menschen in Freitals Kirchen und Gemeindegärten diesen Tag besinnlich und dankbar. Die wenigsten Freitaler ahnten seinerzeit, welche fundamentalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im Gebiet der ehemaligen DDR, zu dem der industrielle Ballungsraum Freitals gehörte, auf diesen Feiertag und die bereits am 1. Juli 1990 vollzogene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nachfolgen würden.